

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 4

Artikel: Die Perestrojka verliert an Ansehen : ein Physikerehepaar aus der UdSSR im ZeitBild-Gespräch
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093635>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Physikerehepaar aus der UdSSR im Zeitbild-Gespräch

Die Perestrojka verliert an Ansehen

Die Änderungen in der Sowjetunion reichen nicht aus, einen grundlegenden Wandel des Systems zu beglaubigen, und die Leute verlieren zusehends das Vertrauen in die Tauglichkeit der angefangenen Reformen. Das ist der Befund von Prof. Edward Nadgorni, der im Dezember 1988 aus der Sowjetunion ausgeht.

Über Edward Nadgorni, seine Frau Nina und deren Sohn Boris, alle drei Physiker, hatten wir in Nr. 21/1986 berichtet. Sie hatten vor sieben Jahren als Juden einen Ausreiseantrag gestellt. Der abschlägige Bescheid war von Repressalien begleitet. Edward und Boris wurden an ihrem Arbeitsplatz zurückgestuft, Nina wurde sogar entlassen. Gleichzeitig verwehrte man dem Kristallisationsforscher Edward Nadgorni die Fortführung seiner bisherigen Vortragstätigkeit im In- und Ausland. Inzwischen befindet sich Boris seit einem Jahr im Westen, und nunmehr hat auch das Ehepaar Nadgorni die UdSSR verlassen. Bei einem kurzen Aufenthalt in der Schweiz äusserte es sich im Schweizerischen Ost-Institut über den gegenwärtigen Zustand der Sowjetunion; die Skepsis dominierte.

Nina und Edward Nadgorni, nach langen Jahren des Wartens und der Zurücksetzung ist Ihnen die Ausreise bewilligt worden. Ist das eine Folge der Perestrojka?

Nina: Kaum. Massgeblich war eher der Druck aus dem Westen. Als Physikprofessor und Teilnehmer an internationalen Tagungen war mein Mann dort bekannt geworden. Uns haben Freunde im Ausland, wie eben Natalia Tarsis hier, mit Unterschriftensammlungen viel geholfen. Schliesslich hat auch Frau Thatcher bei ihrem Moskauer Besuch 1987 ein Wort für uns eingelegt, und das wird wohl ausschlaggebend gewesen sein. Die sowjetische Bürokratie hingegen sträubte sich, solange sie konnte, unter dem Vorwand, wir seien Geheimnisträger.

Edward: Ja, das stimmt. Die Auswirkungen der sogenannten Perestrojka auf das Leben der Sowjetbürger wird im Westen überschätzt, wie wir seit unserer Ausreise immer wieder bemerkt haben. Da herrscht eine regelrechte Euphorie, die direkt im Gegensatz zur Stimmung in der Sowjetunion selbst steht.

Sie reden von der «sogenannten» Perestrojka. Sprechen Sie dem Ausdruck denn seine Berechtigung ab? Gibt es denn keine Umgestaltung, keine Veränderungen?

Edward: Veränderungen gibt es sicher, sogar erhebliche. Sie betreffen vor allem die Presse, die öffentliche Meinung, das gesamte Spektrum dessen, was man Glasnost nennt, die übrigens weniger ist als Pressefreiheit. Perestrojka indessen heisst Umbau. Das ist ein gesamtheitlicher, ein struktureller Anspruch, tatsächlich das, was endlich vonnöten wäre. Aber gerade das wird nicht verwirklicht, nicht im entscheidenden Ausmass jedenfalls. Die blosse Glasnost macht sich aus wie ein ständiges Versprechen, auf dessen Einlösung man ständig warten muss. Einstweilen fehlt es der Perestrojka an Beweiskraft.

Was müsste die Perestrojka nach Ihrer Ansicht bringen, um glaubwürdig zu sein?

Edward: In der Politik das Mehrparteiensystem, in der Wirtschaft die funktionelle Konkurrenz, im Informationswesen die Freiheit.

Als jeweils vollendete Tatsachen ein bisschen viel aufs mal, nicht? Und Sie finden, dass nur das Informationswesen Ihren Kriterien annähernd gerecht wird?

Edward: Es tut mir wirklich leid, aber sogar das ist übertrieben. Als ich von erheblichen Veränderungen in der Presse sprach, meinte ich: im Vergleich zu früher. Aber gemessen an der unbedingten Erfordernis der Informations- und Meinungsfreiheit reicht das nirgends hin, und ehrlicherweise darf man auch nicht von einer «annäherungsweise» Erfüllung dieses Grundrechtes sprechen, eines unabhängigen Grundrechtes für jede organisierte menschliche Gesellschaft. Tatsächlich kann man eine abgesicherte Erfüllung dieses eigentlich selbstverständlichen Anspruchs auch gar nicht erwarten, solange Informationswesen und Medien ein staatliches Monopol bleiben.

Trotz dieser strukturellen Einschränkung bin ich gerne bereit, für den momentanen Zustand der Presse anzuerkennen, dass sie sektoral zu grundlegenden Änderungen gekommen ist. Ich meine dabei vor allem den natürlich sehr wichtigen Bereich der Geschichte und der Vergangenheitsbewälti-



Das Ehepaar Nadgorni



Stellungnahme zur Perestrojka?
«Nein» macht das Schiff, und «Ja» macht das Floss.
(«Iswestija», Moskau, 12. 2. 1989)

gung. Die sonstigen Fortschritte finde ich durchaus beachtlich, aber bei Lichte betrachtet, sind sie doch eher quantitativ. Die Möglichkeit zur Beanstandung konkret bestehender Übelstände ist präzedenzlos gross geworden. Das ist keineswegs nichts, aber zutiefst neu ist es auch nicht. Man hat es dabei immer noch mit einem alten Mittel der Systembewahrung zu tun, nämlich mit der stets gepflegten Mängelrüge, nur eben beträchtlich ausgeweitet. Was aber fehlt, das ist die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit dem System selbst, mit der sozialistischen Ordnung überhaupt. Eine Meinungsfreiheit ohne Freiheit der gegenschaftlichen Meinung ist einfach keine Meinungsfreiheit.

Völlig einverstanden, aber sind nicht gerade die Ansätze zur Systemkritik das, was die heutige Sowjetpresse von früheren Epochen «sozialistischer Kritik und Selbstkritik» unterscheidet? Ein Beispiel: Wir haben in unserer Zeitschrift vor kurzem (siehe vorletzte Nummer) einen Spotttext auf ein Land gebracht, das nur deshalb bei einem untauglichen System bleibe, weil man es 70 Jahre zuvor als vermeintliche Besserung eingeführt habe. Und diesen Text entnahmen wir einer repräsentativen sowjetischen Zeitschrift, «Moskowskije Nowosti».

Nina: Repräsentativ ist die Zeitschrift schon, aber vor allem für das Ausland. In Moskau ist sie am Kiosk praktisch nicht zu kriegen, weil die wenigen Exemplare gleich beim Eintreffen ausverkauft sind. Das kann ich Ihnen aus Erfahrung bezeugen. Finden Sie es normal, dass man in Bern wohnen muss, um mühelos zu einer guten sowjetischen Zeitung zu kommen?

Nein, und ich sehe das als Beweis dafür, dass die betreffenden Publikationen mehr bringen als nur Mängelrügen. Aber ich will Ihnen ein

anderes Beispiel geben: Die «Iswestija» ist doch – wenn ich mir die rhetorische Frage erlauben darf – als offizielle Regierungszeitung dem normalen sowjetischen Publikum zugänglich, ja? Nun haben wir (siehe letzte Nummer) aus ebendieser besonders staatlichen Zeitung eine Diskussion über die Schaffung eines Rechtsstaates gebracht. Alle Teilnehmer waren Sowjetjuristen von Rang und alle waren – so ist mit höchster Wahrscheinlichkeit anzunehmen – Parteimitglieder. Und alle waren sich darin einig, dass man ein Rechtssystem einführen müsse, das zur bisherigen und immer noch bestehenden Rechtsordnung im Gegensatz stehe. Das ist doch hochkarätige Systemkritik, und diesmal nicht einmal als Humoreske getarnt . . .

Edward: Ich muss und will es Ihnen glauben; das Beispiel freut mich. Leider kann es meine Zweifel nicht ausräumen; notfalls besteht sogar die Möglichkeit, das System mit systemkritischen Tönen zu verteidigen. Der Testfall ist eigentlich ganz einfach: Es gibt keine Oppositionspresse. Eine Zeitschrift wie «Glasnost», die den Namensanspruch auf Offenheit zum Nennwert nimmt und deklarierte Systemkritik betreibt, ist immer noch eine Samisdatzeitschrift. Und ein Systemgegner wie Sergej Grigorjanz ist immer noch ein Dissident ohne offizielle Druckgenehmigung für seine Schriften.

Dann gibt und braucht es den Samisdat immer noch, auch in den Zeiten der Glasnost?

Edward: Ja, und der Samisdat verhält sich auch immer noch alternativ zur Sowjetpresse und weist damit nach, dass diese eben nicht alles abdeckt, was zur freien Information und zur freien Meinung gehört. Allerdings darf festgehalten werden, dass man das inoffizielle Schrifttum im Unterschied zu früher nicht mehr verfolgt.

Die strukturellen Probleme des Informationswesens sind sicherlich noch nicht bereinigt. Aber bei Ihrer Forderung nach einem Mehrparteiensystem scheinen die Schwierigkeiten noch eine weitere Nummer grösser zu sein. Wäre so ein alternatives politisches System nicht eher die letzte Folge einer schon definitiv abgeschlossenen Perestrojka? Sehen Sie in diese Richtung keine Möglichkeit, die Perestrojka als Prozess zu beurteilen, der erst angelaufen ist und einstweilen die Voraussetzung zur späteren Bildung politischer Parteien schafft?

Edward: Ich fürchte, da landen wir wieder beim Thema der überzogenen Glasnost-Versprechungen. Dafür bin ich bereit, dem Echtheitstest für die Perestrojka einen etwas weiteren Rahmen zu geben als ich es vorhin bei der summarischen Aufzählung der Kriterien tat. Ein Mehrparteiensystem wäre zwar ideal, aber ein politisches Mehrkräftesystem wäre schon auch ein gültiges Indiz. Zum Beispiel würde eine unabhängige, selbstverwaltete Gewerkschaft nach polnischem Muster durchaus ein strukturelles Gegengewicht darstellen. Aber unter welchem Namen auch immer: Es braucht organisierte Alternativkräfte und nicht einfach ein paar neue Zusatzflocken im alten Gemeinschaftsbrei.

Was meinen Sie in diesem Zusammenhang zu den Volksfronten im Baltikum?

Edward: Ich finde sie das positive Beispiel, das leider nicht beispielhaft weitergeführt wird. In diesen Bewegungen hat sich die Bevölkerung eigenständig vereinigt, um grundlegende Änderungen herbeizuführen, und damit wird ein Auftrag politischer Parteien auch ohne diesen Namen abgedeckt.

Indessen zeigt die sowjetische Machtverwaltung keinerlei Willen, das übertragbar zu machen, ganz im Gegenteil. Versuche zu analogen Volksfrontbildungen in der Ukraine und in Weissrussland sind brutal abgeblockt worden. Auch mit dem Karabach-Komitee in Armenien ist man repressiv verfahren.

Das liesse sich vielleicht noch als einstweilige Defensive verstehen, aber nun kommt noch etwas anderes: Die zentrale Moskauer Politik ist ganz bewusst darauf ausgerichtet, die baltischen Volksfronten zu integrieren, um deren eigenständigen Charakter aufzulösen. Tatsächlich geht es auch in diese Richtung. Das ist nicht nur kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt. Und ein Indiz dafür, was mit der Perestrojka nicht gemeint ist.

Nina: Vielleicht wäre beizufügen, dass man auf Verordnungsweg die Demonstrationsfreiheit wieder stark eingeschränkt hat.

Ist es hier aber nicht so, dass man früher eine restlos gelogene Demonstrationsfreiheit hatte, jetzt hingegen reglementierte Demonstrationsmöglichkeiten mit reglementierten Einschränkungen, also doch einen realen Fortschritt?

